



Für eine moderne und nachhaltige Industriepolitik in Deutschland

Gemeinsame Erklärung der High-level Group
des Bündnisses im Rahmen der zweiten Sitzung
am 13. Oktober 2015



Deutschland ist aktuell in einer guten wirtschaftlichen Verfassung und steht gleichzeitig vor wachsenden internationalen Herausforderungen. Basis für die gute Lage ist unsere starke Industrie. Sie bietet Unternehmern gute Geschäftsmöglichkeiten und Arbeitnehmern sichere und attraktive Arbeitsplätze, Mitbestimmung und Tarifbindung und ist somit der Garant für gute Arbeit, faire Entlohnung, erfolgreiches Unternehmertum und innovative Produkte. Sie ist Motor unseres Wohlstandes. Das müssen wir sichern und stärker erfahrbar machen.

Das Bündnis „Zukunft der Industrie“ verfolgt das Ziel, mit Unternehmen, Unternehmensverbänden, Betriebsräten, Gewerkschaften und Politik gemeinsam Handlungsempfehlungen zu entwickeln, zu diskutieren und zu beschließen, die unsere starke Industrie in Deutschland und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie langfristig sichern.

Die deutsche Industrie steht für Qualität und Sicherheit, für Spitzentechnologie, Verbraucher- und Umweltschutz. Diese Eigenschaften sind das Markenzeichen der Produkte „Made in Germany“. Deshalb ist Deutschlands Industrie global erfolgreich.

Diese Position muss täglich neu gesichert werden. Wie schnell Vertrauen verloren geht, zeigen die Vorgänge bei Volkswagen. Nun muss es darum gehen, verlorenes Vertrauen wieder zu gewinnen.

Klar ist: Die missbräuchliche Anwendung einer Software bei Volkswagen zur Manipulation von Testergebnissen ist nicht akzeptabel. Die Vorgänge müssen rasch und vollständig aufgeklärt werden. Umwelt-, Klima- und Kundenschutz haben höchste Priorität für die deutsche Industrie. Allerdings darf der Diesel nicht unter Generalverdacht gestellt werden.

Der Diesel bleibt ein wichtiger Baustein der umweltfreundlichen Mobilität, denn Diesel ermöglicht sparsamen, CO₂-armen Verbrauch – die jetzt bekannten Rechtsverstöße ändern daran nichts.

Wir, die deutsche Industrie und die Partner des Bündnisses bekennen uns in Deutschland zu guter und verantwortlicher Unternehmensführung.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Rahmenbedingungen für Investitionen, Innovationen und gute, qualifizierte Arbeit für alle Industrieunternehmen verbessert werden und die Gründungskultur in Deutschland gefördert wird.

Digitalisierung und Industrie 4.0 sind entscheidende Themen für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Das Bündnis macht sich dafür stark, die Digitalisierung der Wirtschaft und Gesellschaft als Chance zu begreifen. Wir brauchen eine Kultur der Offenheit für die Digitalisierung und der damit verbundenen Geschäftsmodelle. Es muss in Deutschland möglich sein, die mit „Big Data“ verbundenen Chancen nutzen zu können und IT-Sicherheit und Datenschutz dabei zu befördern. Dafür gibt es keinen Masterplan. Wir brauchen ein digitales Innovationssystem, das Vielfalt fördert und zulässt.

Wir wollen gemeinsam die Potentiale nutzen und Industrie 4.0 zu unserer gemeinsamen Sache machen. Die Digitalisierung wird einen tiefgreifenden Strukturwandel in Industriebetrieben und bei Beschäftigten auslösen. Weiterbildung für aktuell Beschäftigte ist genauso wichtig wie die Entwicklung neuer Berufsbilder.

Deshalb gilt es im Rahmen der Sozialpartnerschaft nach stabilisierenden Arrangements zu suchen, die den Unternehmen und Beschäftigten helfen, diesen Wandel innovativ zu bewältigen. Dazu gehören umfassende, vorausschauende Qualifizierungsinitiativen zur Fachkräftesicherung sowie Maßnahmen zu mehr Integration und Inklusion am Arbeitsmarkt.

Wir wollen gemeinsam industrie-, regional- und arbeitsmarktpolitische Instrumente weiterentwickeln, um Wachstum und Beschäftigung in Deutschland zu stärken. Durch verstärkte Kooperation und Tarifbindung wird die Sozialpartnerschaft gefestigt.

Gemeinsam die Bedeutung der Industrie herausstellen

Vor dem Hintergrund der Digitalisierung und der kommenden Herausforderungen in Industrie, Wirtschaft und Gesellschaft sind wir auf die Unterstützung Aller angewiesen – vor allem auch der Bevölkerung. Wir wollen gemeinsam für die Akzeptanz und mehr Vertrauen in die Industrie werben. Deshalb wollen wir im Jahr 2016 die Bedeutung der Industrie in den Vordergrund stellen. Die Bündnispartner werden 2016 nach heutigem Stand ca. 100 Veranstaltungen durchführen.

Ziel ist es, mit breiter zivilgesellschaftlicher und politischer Unterstützung verschiedenste Aktivitäten durchzuführen und einen Dialog mit der Gesellschaft zu führen. Eine zentrale Aktivität soll eine deutschlandweite „Aktionswoche“ der Industrie (u. a. Tag der offenen Tür der Industriebetriebe, mediale Begleitung) im Sommer 2016 der Industrie, Gewerkschaften und Politik sein. Industrie zum Anfassen. Bürgerinnen und Bürgern wollen wir zeigen, wie in unseren Betrieben gearbeitet wird und wie wichtig Industrie für unser erfolgreiches Wirtschaftsmodell in Deutschland ist. Wir laden alle interessierten Organisationen ein, sich an diesen Aktivitäten zu beteiligen und eigene Ideen einzubringen. Zentraler Ansprechpartner für diese Aktivitäten ist der bündnisbegleitende Verein „Netzwerk Zukunft der Industrie“, der diese Aktivitäten unterstützt.

Wettbewerbsfähigkeit sichern – durch mehr Investitionen und Innovationen

Investitionen sind ein wesentlicher Schlüssel für wirtschaftliches Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand. Das gilt für private und öffentliche Investitionen. In beiden Feldern bestehen erhebliche Defizite. Wir müssen dringend Investitionen in die Infrastruktur in Deutschland erhöhen. Investitionen brauchen Planungssicherheit in allen Politikbereichen.

Mehr öffentliche Investitionen in die Verkehrsnetze, in Bildung, in Umwelttechnik, in Datennetze, in intelligente Energienetze und soziale Infrastruktur verbessern unmittelbar die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland und verbessern die Lebensqualität der Menschen in unserem Land. Wir brauchen neue Lösungen für deutlich höhere Investitionen in die Breitbandinfrastruktur – und zwar nicht nur in Ballungsräumen, sondern auch in ländlichen Regionen, damit der Wirtschaftsstandort Deutschland im Zuge der Digitalisierung wettbewerbsfähig bleibt.

Der heutige Investitionsbegriff muss Investitionen in Forschung und Entwicklung und in die Weiterbildung der Mitarbeiter umfassen.

Neue Instrumente zur Förderung von Investitionen sind vor allem für kleine und mittlere Unternehmen sowie für Unternehmensneugründungen notwendig. Trotz extrem günstiger allgemeiner Finanzierungsbedingungen haben gerade diese Unternehmen häufig Probleme, die anvisierten Innovationen zu finanzieren.

Deshalb setzen wir uns neben der Weiterführung bestehender Instrumente dafür ein, einen Mittelstandsfonds einzurichten, ein Venture-Capital-Gesetz zu verabschieden, um die Gründung von Unternehmen und die Wachstumsfinanzierung zu fördern, und durch eine gezielte und wirksame steuerliche F&E-Förderung für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) die Innovationsfähigkeit und Innovationskraft zu erhöhen, um damit Wachstum, Beschäftigung und gute Arbeitsbedingungen am Standort Deutschland zu stärken. Weitergehende Maßnahmen werden wir aufbauend auf den Erfahrungen mit der steuerlichen Förderung von KMUs diskutieren.

Das deutsche Modell der Tarifautonomie ist eine unentbehrliche Grundlage der sozialen Marktwirtschaft. Die soziale Marktwirtschaft sichert auch die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Deshalb setzen sich die Partner des Bündnisses dafür ein, dass die Tarifbindung gemeinsam gestärkt wird.

Die Wettbewerbsfähigkeit unserer starken Industrie hängt aber nicht nur am eigenen Standort. Der Offenheitsgrad der deutschen Volkswirtschaft und die Internationalisierung der deutschen Industrie sind einzigartig. Sie sind ein Baustein für die Sicherung der Arbeitsplätze am Standort Deutschland. Deshalb sind die Rahmenbedingungen für Investitionen, Handel und globalem Wettbewerb von zentraler Bedeutung. Das Bündnis bekennt sich zu freiem

Handel und fairem Wettbewerb in einer sich immer stärker globalisierenden Welt mit vernetzten Wertschöpfungsstrukturen.

Dieses Ziel ist nur durch verbindliche Regeln und (Handels-)Abkommen zu erreichen, die richtig ausgestaltet sein müssen, um demokratische Strukturen und errungene Arbeits-, Umwelt-, Verbraucherschutz- und Sozialstandards zu schützen und weiter zu entwickeln. Deshalb muss unter anderen in zukünftigen Freihandelsabkommen Investitionsschutz in rechtsstaatlichen Verfahren erfolgen. So können die Verhandlungen zwischen den USA und Europa zu einem Ergebnis geführt werden.

Das Bündnis begrüßt, dass die Europäische Kommission in ihr Verhandlungsmandat mittlerweile anstelle der privaten Schiedsgerichte einen bilateralen Handelsgerichtshof vorgeschlagen hat, der rechtstaatliche Verfahren gewährleisten soll. Daraus kann sich mittelfristig ein multilateraler Gerichtshof entwickeln. Bei Handelsvereinbarungen gilt es ferner, mehr Transparenz insbesondere gegenüber den Repräsentanten des politischen Systems zu wahren. Grundvoraussetzung ist die garantierte Einsicht in die Akten und den Verhandlungsablauf. Wir wollen, dass die Verhandlungen zu TTIP zu einem erfolgreichen Ergebnis führen.

Industriepolitik für Deutschland und Europa stärken

Industriepolitik ist mit der fortschreitenden Integration der europäischen Union ein immer größerer Kompetenzbereich der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments geworden. Industriepolitik ist auch deshalb immer Europapolitik – vor allem aber, weil wir in der EU weltweit einzigartige verknüpfte Wertschöpfungsstrukturen haben, die wir stabilisieren und weiter entwickeln wollen.

Die EU-Kommission hat das Ziel vorgegeben, dass bis 2020 20 Prozent der Bruttowertschöpfung vom Verarbeitenden Gewerbe erbracht werden sollen. Dieses Ziel unterstützen wir ausdrücklich. Dafür brauchen wir gesellschaftliche Akzeptanz, Offenheit und gute Rahmenbedingungen, die ihre praktische Umsetzung befördern.

In diesem Kontext fordern wir von der Europäischen Kommission, bei ihren Vorschlägen für Gesetze und Richtlinien stärker die Balance zwischen umweltpolitischen Zielen, technischen Lösungen und entsprechenden Industrialisierungs- und Beschäftigungsszenarien zu berücksichtigen.

Wichtig ist ein „Mainstreaming der industriellen Wettbewerbsfähigkeit“, also die durchgehende Berücksichtigung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit in allen EU-Politikbereichen, z. B. mithilfe der Folgenabschätzung (Impact Assessments).

Die Entwicklung und Förderung von Schlüsseltechnologien ist eine zentrale industriepolitische Aufgabe für Industrie und Forschungsinstitute, die politisch zu flankieren ist. So sind z. B. Speichertechnologien wichtig für die Energiewende. Hier gibt es noch viel Nachholbedarf. Ein weiteres wichtiges Element ist die Batterietechnik, auch für die Entwicklung der Elektromobilität. Es besteht die Gefahr, dass ein zentrales Element der Wertschöpfungskette in diesem Zukunftsfeld außerhalb Europas liegt. Auch in der Mikroelektronik und im Leichtbau zeichnen sich zukünftige Wertschöpfungsnetzwerke ab, die für die Stärkung des Industriestandorts eine zentrale Rolle spielen können.

Wir brauchen, was den europäischen Beihilferahmen angeht, ein „level playing field“. Insgesamt sollte daher das EU-Beihilfenrecht nicht nur unter dem Gesichtspunkt des Binnenmarktes, sondern auch unter dem Gesichtspunkt der globalen Wettbewerbsfähigkeit weiterentwickelt werden.

Maßgabe der Industriepolitik in diesen Themenfeldern muss dabei sein, abgestimmte technologieneutrale Rahmenbedingungen zu gewährleisten, Konzepte und Maßnahmen für die Anwendungsforschung und Industrialisierungskonzepte bis hin zu konkreten Ansiedlungsstrategien zu entwickeln und anzubieten.

Die digitale Welt von morgen gemeinsam gestalten

In Deutschland haben wir technischen Fortschritt wirtschaftlich erfolgreich mit sozialem Fortschritt für Arbeitnehmer verbunden. Nur wenn Industrie 4.0 nicht allein als technische, sondern auch als soziale Innovation verstanden wird, können tragfähige Antworten für Unternehmen und Beschäftigte auf die tiefgreifenden Umbrüche formuliert werden.

Ohne das Wissen, die Produkt- und Prozesskompetenzen der Beschäftigten werden die Technologien weder in den Betrieben entwickelt, noch erlangen sie dort die entsprechende Reife, um sich auf internationalen Märkten durchzusetzen. Dieses Produkt-Know-how, wie es für die produzierenden Unternehmen in Deutschland typisch ist, lässt sich nicht kopieren und ist der eigentliche Wettbewerbsvorteil der heimischen Industrie.

Innovative Unternehmer, gut ausgebildete Fachkräfte in ausreichender Zahl, kreative Produkt- und Prozessinnovationen, arbeitsteilige Wertschöpfung, soziale Stabilität und sozialpartnerschaftlicher Ausgleich sind in Deutschland seit langem untrennbar miteinander verwoben. Die Digitalisierung betrifft neben der Automatisierung, Vernetzung und Prozessoptimierung in der Fabrik ebenso Elemente wie Teilhabe und Qualifizierung.

Gerade im digitalen Zeitalter gilt: gute, qualifizierte Arbeit braucht Bildung sowie breite Qualifizierungs- und Entwicklungschancen. Wir werden Initiativen, die den Mehrwert vernetzter Wertschöpfungsstrukturen und ihre Bedeutung für zukünftige Geschäftsmodelle gemeinsam herausstellen, erarbeiten.

Wir wollen die Herausforderungen bei der Gestaltung der Arbeitsorganisation und Unternehmenskultur unter Berücksichtigung sowohl des technologischen Wandels als auch der veränderten Bedürfnisse von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern diskutieren.

Klar ist aber auch, die Digitalisierung muss europäisch angegangen werden. Wir brauchen einen digitalen europäischen Binnenmarkt und einen europäischen Ordnungsrahmen, um so Investitionen in Schlüsseltechnologien zu erhöhen, damit Europa bei digitalen Schlüsseltechnologien wieder unabhängiger wird. So brauchen wir unter anderem einen klaren und verlässlichen europäischen Rechtsrahmen, der für fairen Wettbewerb in der Digitalisierung sorgt. Dazu gehören internationale Standards bei der Datensicherheit.

Genauso wichtig ist es, dass wir zu einer schnelleren Weiterentwicklung von Berufsbildern kommen und gleichzeitig das Herzstück des bundesdeutschen Bildungssystems, die duale Ausbildung, stärken. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zählt zu den wichtigsten Rahmenbedingungen zur Fachkräftesicherung, entsprechend sind Konzepte einer an Lebensphasen orientierten Arbeitszeit in Zusammenarbeit von Sozialpartnern, Beschäftigten und Unternehmen für die digitale Epoche weiterzuentwickeln.

Potenziale der Zuwanderung durch Integration nutzen

Zahlreiche Menschen suchen derzeit Schutz in Deutschland. Wir bekennen uns zum Grundrecht auf Asyl. Wir erleben ein hohes Maß an Hilfsbereitschaft der Bevölkerung und von Betrieben, die zusätzliche Praktikums-, Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten und Sprachkurse zur Integration anbieten. Wir haben die Möglichkeit, den Menschen, die zu uns kommen, eine Perspektive zu geben. Aber es gibt auch Grenzen der Aufnahmefähigkeit in Deutschland.

Damit Flüchtlinge mit hoher Bleibeperspektive möglichst rasch in den Arbeitsmarkt und in die Gesellschaft integriert werden können, sind vor allem kurzfristige und flächendeckende Sprachkurse erforderlich.

Wir müssen die Voraussetzungen schaffen, um den für die Unterbringung der Flüchtlinge notwendigen kostengünstigen Wohnraum schnell zur Verfügung stellen zu können. Kurzfristig notwendig sind eine deutliche Verkürzung der Planungs- und Genehmigungsverfahren, sowie eine Überprüfung bestehender baulicher Standards.

Der Mietwohnungsbau muss daher in Regionen mit angespanntem Wohnungsmarkt gezielt gefördert werden. Dabei ist bezahlbarer Wohnraum sowohl für Flüchtlinge als auch für Einheimische zu schaffen.

Die Förderinstrumente der Arbeitsagenturen und Jobcenter müssen allen Asylsuchenden mit hoher Bleibeperspektive und Geduldeten zugänglich gemacht werden. Dies gilt insbesondere für Förderleistungen der Berufsausbildung. Von zentraler Bedeutung ist es, den Betrieben, die Flüchtlinge ausbilden, eine bundesweit gültige Planungssicherheit für die gesamte Dauer der Ausbildung und eine Anschlussperspektive zu geben.

Wir wollen entschlossen dem demografischen Wandel und dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Hierzu sind verstärkte Anstrengungen für die Aus- und Weiterbildung und die Ausschöpfung des inländischen Erwerbspersonpotenzials erforderlich. Gleichzeitig benötigen wir eine geregelte Zuwanderung von Fachkräften in den Arbeitsmarkt. Gerade deshalb ist es wichtig, jetzt die richtigen Weichen zu stellen, um einerseits die gezielte Fachkräftezuwanderung zu erleichtern und andererseits die Integration von Asylsuchenden mit hoher Bleibeperspektive zu verbessern.

Wir setzen uns dafür ein, dass Flüchtlinge mit Bleiberecht unter gleichen Bedingungen wie unsere inländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einer Beschäftigung nachgehen können.

Die derzeit in der parlamentarischen Beratung befindlichen Vorschläge im Rahmen des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes müssen weiterentwickelt werden. Dazu gibt es eine Reihe von Vorschlägen, die noch in ihren Einzelheiten weiter diskutiert werden müssen:

- Flüchtlinge mit hoher Bleibeperspektive dürfen nicht bis zu sechs Monate lang in Erstaufnahmeeinrichtungen mit einem Beschäftigungsverbot belegt werden, sondern sollten bereits spätestens nach drei Monaten eine Ausbildung oder Beschäftigung aufnehmen können.
- In den nächsten drei Jahren soll Flüchtlingen mit hoher Bleibeperspektive und Geduldeten der gleichen Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht werden, wie inländischen Arbeitssuchenden.
- Nach drei Monaten soll das Verbot von Leiharbeit für Flüchtlinge mit hoher Bleibeperspektive abgeschafft werden.

Wir brauchen neue Wege für eine gesteuerte und geregelte qualifizierte Zuwanderung nach Deutschland. Dazu gehört auch, dass diejenigen, die aus sicheren Herkunftsländern in unser Land kommen, unverzüglich zurückgeführt werden.

Wir brauchen ein Zuwanderungsgesetz, das qualifizierte Zuwanderung ermöglicht, aber auch Zuwanderung gezielt begrenzt, steuert und die entsprechenden Verfahren beschleunigt und entbürokratisiert.